

4.29 Frieden braucht Frauen!

Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2013

Frieden braucht Frauen!

Friedenspolitik mit Geschlechterperspektive

In Fortsetzung des Beschlusses der BDKJ Hauptversammlung 2012 „zivil statt militärisch!“ – Wir fordern eine ehrliche Diskussion über den Einsatz unterschiedlicher außenpolitischer Mittel“ fordert die Bundesfrauenkonferenz in Diskussionen um Krieg und Frieden besonders die Geschlechterdynamiken in den Blick zu nehmen.

Mädchen und Frauen sind in den weltweit ausgetragenen bewaffneten Konflikten immer noch häufig Opfer von verschiedenen Formen der Gewalt – obwohl sie meist nicht als Kämpferinnen direkt am Kriegsgeschehen beteiligt sind. Die Berichte von sexualisierter Gewalt in den Balkankriegen, in verschiedenen Konflikten in Afrika sowie im Nahen Osten und auch die Übergriffe gerade auf junge Frauen im „Arabischen Frühling“ schockieren uns und veranlassen uns zu globaler Solidarität mit diesen Mädchen und Frauen.

Mädchen und Frauen sind weltweit vor, während und nach bewaffneten Konflikten immer noch nicht ausreichend vor Gewalt geschützt. Werden sie Opfer von Gewalt ist es ihnen auch nach dem Krieg häufig nicht möglich die Täterinnen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem sind die Täterinnen und Täter häufig nicht nur in der gegnerischen Gruppe zu finden, sondern auch in den Truppen intervenierender Drittstaaten. Mädchen und Frauen müssen daher umfangreich vor Gewalt geschützt werden.

Zudem müssen sie auch nach dem Krieg aktiv am Aushandeln eines Friedensvertrags beteiligt sein. Derzeit sind Frauen unterproportional an Friedensverhandlungen beteiligt, was häufig zur Folge hat, dass die ausgehandelten Abkommen kein nachhaltiges friedliches Zusammenleben ermöglichen.

Geschlechterdynamiken in bewaffneten Konflikten sind komplex und können nicht in einer einfachen Täter-Opfer-Dichotomie von Männern und Frauen zusammengefasst werden. So werden auch Mädchen und Frauen im Krieg zu Täterinnen und Jungen und Männer zu Opfern von (sexualisierter) Gewalt. Die bei Opfern und Täterinnen und Tätern verursachten Traumata brauchen besondere Aufmerksamkeit und bedürfen gezielter Bearbeitung.

Wir fordern daher:

- eine bessere finanzielle Ausstattung von Instrumenten Ziviler Konfliktbearbeitung. Sie muss als präventive Maßnahme endlich in den Fokus aktueller Friedens- und Verteidigungspolitik gelangen
- dass zivile Konfliktbearbeitung muss geschlechtersensibel gestaltet sein.
- Soldatinnen und Soldaten müssen in Gendertrainings o. ä. auf die komplexen Geschlechterdynamiken in Krieg und Frieden hingewiesen werden.
- mehr Frauen an die Verhandlungstische! Die Vereinten Nationen müssen darauf hinwirken, dass in den weltweiten Friedensverhandlungen mehr Frauen beteiligt werden.

So kann Frieden zunehmend nachhaltig gesichert werden.